

Volksstimme

Volksstimme

zugleich für Bielefeld

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielefeld, Republikanska Nr. 4.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtzehntägige Zeit, außerhalb 0,15 Zloty. Anzeigen unter Text 0,60 Zloty, von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 28. 2. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. R. L., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Eine neue Reparationskonferenz?

Um die wirtschaftliche Gesundung Europas — Ein Vorschlag der amerikanischen Regierung — Die Schulden sollen zahlungsfähig werden

Das erfundene Attentat

Als das „Attentat“ auf den Marshall Pilsudski bekannt wurde, ist hier sofort dargelegt worden, daß es sich hier um nichts anderes, als um einen billigen Wahlschlager handelt und vor allem um einen Akt, der die P. P. S. als die schärfste Oppositionspartei, innerhalb des Centrolews, treiben sollte. Der sozialistische „Robotnik“ erklärte dieses angebliche Attentat als ein Werk von Provokateuren und wies auf bestimmte Quellen hin, die ein Interesse an einem solchen Werk hatten. Am wenigsten wurde dabei der Marshall selbst interessiert, der, nach Angabe des Ministers Skladkowski, als Zeuge, vollkommen ruhig die Mitteilung aufnahm, als ihm Jagodzinski als angeblicher Täter benannt wurde. Man kann daraus folgern, daß der Marshall als erster die üble Seite der ganzen Angelegenheit erkannt hat und als die P. P. S. sich gegen diese Art Wahlprovokationen wandte, wußte man, daß nun alles in Szene gesetzt wird, um diesen Wahlschlager zu rechtfertigen. Ein sogenannter Prozeß wurde eingeleitet und schon in den ersten Verhandlungen zeigte es sich, daß ein Polizeikonfident die ganze Angelegenheit eingeleitet hatte und der „Ehrenmann“ und Hauptbelastungszeuge verrichtete selbst ein zweites Attentat gegen sich, um nicht vor den Schranken des Gerichts erscheinen zu müssen. Dieser Ehrenmann im Dienste der politischen Polizei, läuft aber noch heute herum und wird begierig, zu erfahren, ob gegen ihn ein Prozeß inszeniert wird, nachdem die ganze Affäre um das Attentat die Staatsautorität ins schlechte Licht gesetzt hat. Über dem Prozeß mußte Rechnung getragen werden und so verurteilte, man die drei Angeklagten doch zu einem Jahre Gefängnis und gestern sind die „Attentäter“ gegen eine Kaution von 1000 Zloty auf freien Fuß gesetzt worden.

Man hätte nach dem Gang des Verfahrens eigentlich auf Freispruch aller Angeklagten rechnen müssen, wenn nicht ein kleines „Aber“ dabei wäre. Innerhalb der P. P. S. wußte man, daß irgend eine Quelle ein Interesse an der Zerspaltung der Organisation habe, und daß sich Provokateure in die Kampfteilung, bezw. den Versammlungsschluß, eingeschlichen haben. Einer dieser Provokateure, der Polizeikonfident Purzycki, hat indessen sein Ziel erreicht, er inszenierte jenes angebliche Attentat, auf seine Vorschläge gingen die Trichimowicz und Jagodzinski ein, letzterer als alter Kämpfer mit Pilsudski, um Purzycki als Provokateur bloßzustellen. Der Polizeikonfident Purzycki war indessen gewandter und lieferte diejenigen der Polizei aus, die ihn als Provokateur bloßstellen wollten. Die Rolle wechselte, die Enthüller standen auf der Anklagebank und der Provokateur lieferte das Anklagematerial, genau so wie er zum Attentat selbst Geld und Waffen beschaffen hat. Das Aufgebot an Zeugen, darunter sogar einige Minister hätte man sich sparen können, wenn man weniger auf eine gewisse Abteilung Rücksicht genommen hätte, die durchaus das Bestreben verspürt hat, sich vor Gericht und aller Öffentlichkeit zu blamieren. Denn eines hat der Prozeß doch mit aller Deutlichkeit dargelegt, daß man noch während der Wahlen, innerhalb der moralischen Sanacja alles aufs Spiel setzte, um die P. P. S. als Oppositionspartei zu schlagen und aus der Öffentlichkeit überhaupt hinwegzuweisen. Aber für die ganze Aktion zeichnet die Polizei verantwortlich, die dem Innenminister Skladkowski unterstellt ist und der, wie es neuerdings heißt, durch einen anderen ersetzt werden soll. Man wollte die Polnisch-Sozialistische Partei treffen und legte den Innenminister fest, da unzweifelhaft erwiesen ist, daß sich die Polizei mißbrauchen ließ und auf eine Provokation eines ihrer Konfidenten hingeing, der Provokateur selbst aber befindet sich in Freiheit und treibt sein Handwerk weiter.

Wie der zweite Prozeß wegen der Demonstrationen des Centrolews am 14. September in Warschau, endete auch der Attentatsprozeß mit einem Freispruch der Opposition, wenn auch Verurteilte auf der Strecke blieben, die Opfer dieses Prozesses sind. Der Gang der Verhandlungen hat indessen bewiesen, was sich hinter den Kulissen abspielt hat. Ob im Demonstrationsprozeß oder im Attentatsprozeß, es hat sich erwiesen, daß sie als Wahlschlager gebraucht wurden und, sagen wir es bescheiden und offen, ihren Dienst erfüllten. Heute hat das Regierungslager, welches diese Prozesse als Wahlschlager brachte, seine Mehrheit im Sejm. Hier und dort bleiben Verurteilte als Opfer, nicht, weil ihre Schuld aus dem Titel des Prozesses erwiesen ist, son-

London. Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß sich die amerikanische Regierung mit der Einberufung einer internationalen Konferenz zur Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Europas zum Frühommer d. Js. mehr oder weniger einverstanden erklärt habe. Die amerikanische Regierung beabsichtige jedoch, sich nur streng „inoffiziell“ zu beteiligen. Nach amerikanischer Auffassung würde eine solche Konferenz eine dauerhafte Lösung des Reparationsproblems durch Herabsetzung der Zölle und andere Maßnahmen erzielen können, die es den Schuldnerländern leichter machen würde, ihre Verpflichtungen durch Steigerung der Ausfuhr zu erfüllen.

Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder, da aus den Mitteilungen des „Daily Telegraph“ nicht ersichtlich wird, um was für eine Konferenz es sich handeln soll. Auch fehlen bisher amtliche Bestätigungen dieser Meldung von anderer Seite.

Breissturz steigert Reparationslast

New York. Nach einem Bericht des europäischen Vertreters des New Yorker Emissionshauses Harris-Torbes u. Co., Mr. F. Stallforth hat der Sturz der Warenpreise dazu geführt, daß, wenn die Preise niedrig bleiben, alle vom Youngplan erhofften Vorteile zunichte werden würden. Durch den Preissturz sei der Wert der Reparationszahlungen um schätzungsweise 300 bis 500 Millionen M. jährlich gestiegen, so daß sie jetzt einen Betrag von 2500 Millionen M. jährlich und damit den Normallasten des Dawesplanes entsprächen. Die Reparationsfrage könne daher noch nicht als endgültig gelöst angesehen werden, wenn auch die sich voraussichtlich in nicht zu ferner Zukunft geltend machende Notwendigkeit einer Revision der Reparationszahlungen nicht bedeute, daß der Youngplan nutzlos gewesen sei. Seine Bedeutung habe zur Zeit seiner Schaffung darin gelegen, daß er einen weiteren Schritt in der Richtung der endgültigen Lösung der Frage gebracht habe. Auch heute noch bleibe er die Grundlage jeder zukünftigen Reparationszahlung.

Verworrene Lage in Spanien

Sanchez Guerra lehnt die Kabinettsbildung ab — Neue Verhandlungen des Königs mit Politikern Alfons soll Spanien verlassen — Wieder Diktaturgerüchte — Die Hoffnung auf Cambó

Madrid. Seit Dienstag abend last im Kriegsministerium eine Versammlung von monarchistischen Persönlichkeiten unter Vorsitz von General Berenguer. In dieser Sitzung soll, wie verlautet, ein monarchistisches Konzentrationkabinet gebildet werden, mit Va Zierva an der Spitze und zu dem auch Graf Romanones und Garcia Prieto gehören würden. Man behauptet sogar, daß das neue Kabinet noch heute vom König vereidigt werden wird.

Sanchez Guerra verzichtet

Madrid. Sanchez Guerras Entschluß, auf den Versuch zur Kabinettsbildung zu verzichten, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Alvarez für seine Beteiligung am Kabinettsbedingungen aufstellte, die den weiteren Verhandlungen große Schwierigkeiten bereiten. Er wollte sich nämlich nur beteiligen, wenn Romanones und Garcia Prieto nicht in die Regierung mit aufgenommen würden.

Königsabgesandter beim kranken Cambó

Paris. Nach einer Havasmeldung aus Madrid wollte der König nach seiner Unterredung mit Alvarez den Führer der katalanischen Regionalisten, Cambó, sprechen. Da dieser aber mit hohem Fieber bettlägerig ist, entsandte der König seinen Sekretär in die Wohnung Cambós, wo dieser eine kurze Unterredung mit dem Sekretär des erkrankten Politikers hatte.

Graf Romanones zur Lage in Spanien

Madrid. Zu den Ereignissen in Spanien veröffentlicht die Agentur Fabra folgende Meldung:

Der König empfing die liberalen Führer, Graf Romanones und Alhucemas, die beide früherer Ministerpräsidenten waren. Graf Romanones gab Journalisten gegenüber die Erklärung ab: Ich weiß bereits, daß Sanchez Guerra den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben hat, da er als Mann der Reaktion unter den Anhängern der Linken keine Mitarbeiter gefunden hat. Der König hat alles Denkbare getan, als er Sanchez Guerra mit der Bildung einer Regierung beauftragte, die eine verfassungsgemäße Nationalversammlung einberufen sollte. Man kann dem König also nicht den geringsten Vorwurf machen.

Die Agentur Fabra fügt dieser Meldung hinzu, daß diese Äußerung das Charakteristikum dieses historischen Tages sei.

bern, weil die Umstände gegen sie sprechen. Eine Demonstration, die keine war, ein Attentat, welches nicht, vorhanden war, nicht von den Schuldigen geplant, sondern provoziert war, Polizeikonfidenten im Hintergrund, aber alles ist recht, wenn man die Opposition bloßstellen kann. Nun, das Urteil hat jedenfalls die ganze Aktion deutlich erhellt und hoffentlich treibt die Erkenntnis zu einem reinigenden Gewitter, welches die polnische Atmosphäre entspannt und die wahrhaft Schuldigen trifft.

Die neue Stellung König Alfons XIII.

Paris. Die Stellung, die der König von Spanien in der jetzigen Krise eingenommen hat, beschäftigt die Öffentlichkeit in erheblichem Maße. Man geht davon aus, daß König Alfons XIII. die Forderung Sanchez Guerras, seine Funktionen während der Lage der Konstituante ruhen zu lassen, angenommen habe. Der Madrider Sonderberichterstatter des „Journal“ erklärt dazu, diese Forderung Sanchez Guerra gegenüber dem König sei noch dadurch besonders peinlich geworden, daß der König die Verpflichtung übernommen habe, in einem zu veröffentlichenden Dokument, die von ihm gebilligten Bedingungen, bekannt zu geben. So unwahrscheinlich es auch klinge, der König habe alles angenommen. Wenn die verfassunggebende Versammlung das Verhalten des Königs als gerechtfertigt anerkennt, würden sich seine Gegner verpflichten, ihm alle seine Rechte zurückzugeben und sich ihm gegenüber als Loyale Untertanen betrachten. Welches Risiko stellt diese Volksabstimmung für Alfons XIII. dar, der doch im Laufe seiner Regierungszeit in Hunderttausenden von Fällen Unzufriedenheit habe hervorrufen müssen. Welcher Triumph wäre es für ihn, wenn er diese Krise siegreich überwinde!



Waldemar Bonsels

— als Verfasser von „Biene Maja“, „Himmelspolk“ und „Indienfahrt“ einer der meistgelesenen deutschen Schriftsteller — wird am 21. Februar 59 Jahre alt.

